



„Die Zukunft der Stadt solidarisch entwickeln“ war das Motto des 9. Landesparteitages Berlin im Mai.

## Neuer Landesvorstand

Spitzenduo übernimmt von Katina Schubert und verspricht Aufbruch

! Die Berliner LINKE hat sich auf ihrem Landesparteitag neu aufgestellt. Angesichts der neuen Situation unter der schwarz-roten Regierung kommt der Partei eine besondere Verantwortung in der Opposition zu. Denn die Grünen tun sich derzeit schwer, mit ihren Politikvorschlägen breitere Teile der Stadtgesellschaft anzusprechen und die FDP ist nicht mehr im Abgeordnetenhaus vertreten. Vor diesem Hintergrund ist es eine wichtige Aufgabe der LINKEN, die Oppositionsführerschaft für die gesamte Stadt zu übernehmen. Auf ihrem Landesparteitag beschloss DIE LINKE, dazu in den nächsten Jahren in einen ausführlichen Dialog mit der Stadtgesellschaft zu treten. Im Leitantrag heißt es dazu: „Wir kämpfen dafür, dass Berlin ein Zuhause

für alle bleibt. Denn gerade Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen drohen an den Rand gedrückt zu werden. Dabei prägen sie das Herz und die Seele Berlins. Dieser Situation des politischen Vertrauensverlustes begegnen wir als LINKE in Berlin mit einem Neustart. Die kommenden Jahre in der Opposition wollen wir nutzen, um programmatische Substanz auszubauen – gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, mit engagierten und fachkundigen Menschen aus Initiativen, Gewerkschaften und Bewegungen aus allen Bereichen der Stadt.“ Dabei hat die Partei die nächste Abgeordnetenhauswahl 2026 fest im Blick – bei der sie das rote Rathaus von der CDU zurückerobern möchte. Um die ins Auge genommenen Aufgaben anzugehen, wurde auf dem

Parteitag ein neuer Landesvorstand gewählt, inklusive neuer Parteispitze. Die bisherige Landesvorsitzende, Katina Schubert, kandidierte nach sechseinhalb Jahren nicht erneut. Sie wurde zu Beginn des Parteitags mit stehenden Ovationen verabschiedet. Zu den neuen Vorsitzenden wurden – erstmals als Doppelspitze – Franziska Brychcy (85,0%) und Max Schirmer (73,4%) gewählt, wobei Max Schirmer einen Gegenkandidaten hatte. Brychcy ist bildungspolitische Sprecherin der LINKE im Abgeordnetenhaus, Schirmer Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV Pankow. Insgesamt werden die guten Wahlergebnisse von Beobachtern so gedeutet, dass es der Berliner LINEKN in einer schwierigen Situation für die Gesamtpartei relativ geräuschlos und in verbindender

Weise gelungen ist, die personelle Neuaufstellung zu vollziehen. Brychcy und Schirmer stehen für eine neue Generation – und die Wahl auch des erweiterten Vorstands insgesamt für einen Aufbruch nach links.

Aus Treptow-Köpenick wurden Katalin Gennburg als Stellvertretende Landesvorsitzende, Lisa Pfitzmann als jugendpolitische Sprecherin, sowie Neslihan Yagiz für den erweiterten Landesvorstand in den Vorstand gewählt. Katalin Gennburg, die ihren Wahlkreis im Treptower Norden bereits zum dritten Mal gewinnen konnte, kommentierte die nun anstehenden Aufgaben so: „Die Wegner-Giffey-Koalition kann sich mit ihrer Selbstbedienungsmentalität warm anziehen. Wir werden als Oppositionsführerin die Abrissbirne für diese Koalition sein, denn die Berlinerinnen und Berliner haben eine Regierung verdient, die sich um die realen Probleme kümmert.“

■ ■ Moritz Warnke  
Bezirksvorsitzender DIE LINKE  
Treptow-Köpenick

### Gysi meint...

## Wärmewende geht nur sozial

” Die Wärmewende, die die Mehrheit des Bundestages mit dem Gebäudeenergiegesetz organisieren will, erhitzt die Gemüter. Viele Menschen haben Angst, dass sie sich den Umbau nicht leisten können, wenn damit die ohnehin zu hohen Mieten ins Uferlose steigen oder im Eigenheim Investitionen nötig sind, die sie in ihrem Leben nicht mehr zurückzahlen können. Diese Angst wird von

Parteien und Medien befeuert, die eng mit dem Kapital verbunden sind, das seinen Profit mit dem Verkauf fossiler Brennstoffe macht. Deshalb ist es höchste Zeit, eine sachliche Debatte ohne Angstmacherei zu führen, die nicht das theoretisch Wünschenswerte, sondern die konkreten Lebenssituationen der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dass wir weg müssen vom Heizen mit Öl und Gas ist

wahr. In einer aktuellen Studie wurde festgestellt, dass 2070 mehr als zwei Milliarden Menschen von einer dauerhaft großen gesundheitsgefährdenden, die Lebenserwartung dramatisch senkenden Hitze betroffen sein werden. Sicher nicht in unseren Breiten, aber wer könnte es diesen Menschen verdenken, wenn sie vor der Hitze zu uns fliehen. Wenn sie eine lebenswerte Heimat behalten sollen, müssen wir auch in unserem Land alles tun, um den Klimawandel zu stoppen, wenigstens aber zu bremsen. Angesichts der Dimension ist klar, dass das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, deren Kosten

nicht den Mieterinnen und Mietern oder den Menschen im mühsam zusammengesparten Einfamilienhaus übergeholt werden können. Das ist die entscheidende Leerstelle im Gesetzentwurf der Bundesregierung. Wenn jemand seine Heizung umbauen muss und will, muss der Staat die Mehrkosten im Vergleich zu einem bisherigen Umbau übernehmen. So könnte ohne Angst überall nach der effizientesten Lösung gesucht werden. Genau dafür muss der Staat eintreten. Ein 100-Milliarden-Sondervermögen Wärmewende wäre dafür ein guter Anfang.





Foto: Alexa/Pixabay

DIE LINKE fordert Überprüfung der 820.000 Euro Gröner-Spende an die CDU

## Die Chaoskoalition und der alte/neue Berliner Baufilz

DIE LINKE fordert Überprüfung der 820.000 Euro Gröner-Spende an die CDU



Nach der Wiederholungswahl hat die SPD das Rote Rathaus an die CDU verschenkt und die neue schwarz-rote Regierung muss ihr Versprechen „Das Beste für Berlin“ zu schaffen noch einlösen. Doch die ersten Wochen sind mehr als holprig und voller Skandale: Chaos in den eigenen Reihen und nicht einmal die gesicherte Mehrheit bei der Bürgermeisterwahl im Parlament und gleichzeitig haben CDU und SPD bereits fette Spendenskandale an

den Hacken. Da ist Christoph Gröner, der größte Baulöwe Deutschlands, der für Probleme sorgt, weil er 820.000 Euro an die CDU spendete und dies offenkundig mit „Wünschen“ verband. Als LINKE haben wir gemeinsam mit Transparency International die Überprüfung der Gröner-Spende an die CDU bei der Bundestagspräsidentin angeregt. Denn Gröner erklärt, dass er nur den Wunsch gehabt habe, dass in Kinderheimen alle gute Kleidung bekämen, aber

eben auch seinen Wunsch, den Mietendeckel zu entschärfen. Dass Wegner sich weder an die Freundschaft noch an die Wünsche des Baulöwen erinnern möchte, hilft da wenig. Und alle, die dachten, die CDU würde weggekommen sein von Baufilz, Bankenskandal und Landespleite, sollten jetzt lieber schnell aufwachen. Ja, der Kitt, den diese Betonkoalition zusammenhält, ist der Berliner Baufilz, denn Gröner und Groth und Co. spenden auch an die SPD. Mehr

noch, dieselben „Branchenkenner“, die schon früher in puncto Baupolitik die SPD berieten, beraten auch die CDU und der Branchenverband hat auch direkt eine eigene Baugenossenschaft gegründet, die zum Einsatz kommen soll für die zu privatisierenden Landesgrundstücke – frisch verabredet von SPD und CDU.

Das stinkt zum Himmel! Ich selbst habe das Privatisierungsverbot von Grundstücken 2016 in den Koalitionsvertrag verhandelt und dies ist das Fundament für eine soziale und ökologische Stadtentwicklungspolitik.

Dass ausgerechnet die SPD mit Petra Kahlfeldt eine Senatsbaudirektorin stellt, die Mitglied exakt desselben Verbandes ist und deren Ehemann noch immer öffentliche Aufträge bearbeitet, gehört eben auch zur Wahrheit.

In eben jener Plenarsitzung fragte ich den Bausenator, ob er das als problematisch ansehe und zwar vor allem in Verantwortung der heutigen Politik gegenüber dem Erbe von Landespleite und Sparjahren, die uns alle noch immer quälen. Dass die SPD mir „persönlichen Hass“ attestiert, offenbart die Achillesferse dieser Koalition. Als LINKE werden wir nicht nachgeben und wir sind übrigens die einzige Partei, die keine Parteispenden von Unternehmen annimmt und wir sind gekommen, um den Baufilz aufzulösen!

■■■ Katalin Gennburg

## Selbstbedienung und Parteispenden-Skandal

Wegner fängt da an, wo Dieppen aufgehört hat



Der 27. April war ein schwarzer Tag für Berlin. Nicht nur, weil seit fast 22 Jahren erstmals wieder ein CDU Bürgermeister gewählt wurde. Sondern, weil diese Wahl durch die Art ihres Zustandekommens überschattet wurde. Trotz aller Warnungen ist die Koalition ohne einfache Mehrheit in den dritten Wahlgang gegangen. Die SPD hat zugelassen, dass die AfD behaupten kann, der Regierende von Berlin säße nur dank ihrer Stimmen im Sessel. Noch im Februar 2020 hat Raed Saleh völlig zu Recht der CDU heftige Vorwürfe gemacht, weil sie sich nicht klar von ihren Thüringer Parteifreunden abgrenzte, die damals zusammen mit der AfD Kemmerich zum Kurzzeit-MP gemacht hatte. Schwarz-Rot hat der AfD den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt. Das hat zur Normalisierung der Demo-

kratiefeinde beigetragen. Es ist am Ende egal, ob deren Legende stimmt oder nicht. Man hätte ihnen nie Gelegenheit geben dürfen, sie zu spinnen. Und kaum im Amt hat der neue Senat dann erstmal kräftig das Geld für die eigene Leitungsebene aufgestockt. Weil für die Wirtschaftssenatorin Giffey der Verlust der Senatskanzlei offenbar schwer zu verkraften war, gönnt man jetzt einfach jedem Senator eine eigene kleine Senatskanzlei. Und den persönlichen Vertrauten, mit denen man sich dort umgibt, gönnt man direkt ein höheres Einkommen als den Amtsleitungen. Das dürfte Motivation und Anerkennungskultur in der Verwaltung einen ordentlichen Bärendienst erwiesen haben. Die kleine Koalition aus CDU und SPD knüpft scheinbar direkt an die 90er an, als sie die Stadt als ihre Beute betrachtete und treue Parteifreunde mit

gut dotierten Posten in der Verwaltung und den öffentlichen Unternehmen versorgte.

Es überrascht also niemanden wirklich, dass jetzt eine Parteispende aus der Immobilienbranche für Wirbel sorgt. Der Bauunternehmer Gröner war besorgt angesichts einer darniederliegenden und einflusslosen CDU. Um sie aufzupäppeln, leistete er nicht nur aktiv Wahlkampfunterstützung, indem er ihr gestattete, am Steglitzer Kreisel wochenlang kostenlos Wahlwerbung aufzuhängen. Er griff auch tief ins Portemonnaie und spendete der CDU mit ihrem neuen Vorsitzenden Kai Wegner üppige 820.000 Euro. Ob damit politische Forderungen verknüpft waren, und die Spende somit illegal, darüber haben sowohl Wegner als auch Gröner seitdem immer wieder widersprüchliche Aussagen gemacht. Das prüft jetzt die Präsidentin des Bundestages. Aber wenn Herr Wegner verkündet, „In Berlin gelten Gesetze und Regeln, an die sich alle halten müssen“, dann sollte er noch heute mindestens die 820.000 EUR zurückzahlen, um klarzumachen, dass das für den 1. Bürger der Stadt auch zuerst gilt. Für uns als LINKE gilt: Berlin braucht

Solidarität und Zusammenhalt, sozial-ökologischen Umbau, resiliente Daseinsvorsorge sowie eine Stärkung der Demokratie. Wie das gehen kann, das werden wir in den nächsten drei Jahren zeigen, damit Berlin 2026 wirklich wieder das Beste bekommt.

■■■ Carsten Schatz, MdB

Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

### Radfahren im Alltag

STADTRADELN in Berlin geht in eine neue Runde und auch die Menschen in Treptow-Köpenick sind aufgerufen mitzumachen. Treten Sie bis zum 21. Juni wieder in die Pedale und fahren möglichst viele Alltagswege klimafreundlich mit dem Rad. Ob Arbeitsweg, Schulweg, Einkaufstour, Trainingsrunde oder Ausflug ins Grüne: Jeder geradelte Kilometer vermeidet CO<sub>2</sub> und fördert die Gesundheit. Obendrein haben alle Teilnehmenden wieder die Chance auf attraktive Gewinne. Infos und Anmeldung unter <https://gleft.de/5ez>.



Aus  
dem

# Rathaus

TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 291

Juni 2023

Fraktion DIE LINKE

in der BVV Treptow-Köpenick



Foto: Philipp Wohlfel

In der Köpenicker Bahnhofstraße herrscht Chaos.

## Verkehrssicherheit erhöhen

### Sonderfahrstreifen auf Bahnhofstrasse geplant



In der Köpenicker Bahnhofstraße herrscht derzeit Chaos. Durch die Bauarbeiten der Deutschen Bahn am S-Bahnhof und der Gleisbrücke ist der Verkehr auf der Straße stark eingeschränkt. In der Folge staut sich der Autoverkehr an in der Bahnhofstraße und den anliegenden Kreuzungen. Dadurch wird auch der ÖPNV stark behindert, der an dieser Stelle keinen eigenen ausgewiesenen Platz auf der Straße hat. In der Folge entstehen Verspätungen, einzelne Fahrten müssen sogar abgebrochen werden. Die im Stau stehenden Autofahrenden verlieren dagegen oft die Geduld und befahren die Kreuzungen, obwohl es nicht voran geht. Die zugestauten Kreuzungen werden anschließend zur Gefahr für Kinder und Jugendliche, die auf dem Weg zur Schule sind. Auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität leiden unter der Situation, weil es auch mit Kinderwagen oder Rollstuhl oft kaum ein Durchkommen gibt.

Aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag an die BVV gefordert, das Bezirksamt möge sich gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass während der Baumaßnahmen der Deutschen Bahn AG am Bahnhof Köpenick den Fahrzeugen des ÖPNV Vorrang auf der Bahnhofstraße eingeräumt wird, die Ampelschaltungen in diesem Bereich regelmäßig nachgesteuert werden und die Polizei die Beachtung der angeordneten Verkehrszeichen überprüft und Verstöße ahndet.

Zu Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung, dass bei einem Treffen des Bezirksamtes mit Senatsverwaltung,

Dazu erklärt André Schubert, Sprecher für Ordnung und Verkehrspolitik der Fraktion DIE LINKE: Die Gefahrsituationen müssen schnellstmöglich behoben werden. Zuzußgehende, insbesondere Schulkinder, die bei Grün die Bahnhofstraße queren wollen, werden gefährdet. Außerdem muss der ÖPNV von Bus und Straßenbahn gewährleistet werden und Vorrang bekommen.

Inzwischen reagierte das Bezirksamt. Zu Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung, dass bei einem Treffen des Bezirksamtes mit Senatsverwaltung,

Deutscher Bahn, BVG, Polizei und anderen Beteiligten vereinbart wurde, einen Bussonderfahrstreifen einzurichten. Im Nachgang der ersten Umsetzungsphase wird dann Anfang Juni ein erneuter Abstimmungstermin mit den zuständigen Stellen über weitere Maßnahmen beraten.

## Beschlüsse

**IX/0341** Das Kinderschutzsiegel des Landessportbundes für unsere Vereine (B'90Grüne, SPD, DIE LINKE)

**IX/0464** SPD, Erhöhung der Investitions-Zuweisungen für die Bezirke (DIE LINKE, B'90Grüne)

**IX/0460** Verkehrssicherheit in der Bahnhofstraße (DIE LINKE, SPD, B'90Grüne, Beitritt: CDU, Einz.-BzV FDP)

### In die Ausschüsse überwiesen:

**IX/0465** Eine „Rote Bank“ für Treptow-Köpenick (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

**IX/0466** Sichere Querung auf der Südostallee (SPD, DIE LINKE)

**IX/0467** Sichere Fußwege und Barrierefreiheit an der Baustelle des S-Bhf Schöneweide (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

**IX/0468** Querungshilfe auf dem Segelfliegerdamm (vor dem Landschaftspark Johannisthal) (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

**IX/0469** Kurzzeitparken an der Muggel-Apotheke in Alt-Müggelheim (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

**IX/0470** Bundesmittel für eine bessere Fahrradinfrastruktur – Fahrradparkhäuser für Treptow-Köpenick (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

## Dammvorstadt – unser Kiez

### Auf Ideensuche für eine Kiezkultur



Wo beginnt die Köpenicker Dammvorstadt eigentlich und wo endet sie? Viele Menschen kennen wahrscheinlich nicht einmal den Namen „Dammvorstadt“. Schaut man sich das Bezirksregionenprofil genauer an, ist das kaum verwunderlich. In den Jahren zwischen 2014 und 2019 konnte die Dammvorstadt einen Zuzug von 15 % verzeichnen. Gleichzeitig schauen wir aber auch auf eine hohe Fluktuation unter der Bewohnerschaft. Dammvor-

städtler:innen ziehen im Schnitt nach fünf Jahren wieder weg aus der Region. Was vermutlich fehlt, ist ein Gemeinschaftsgefühl. Dabei hat die Region sozial-kulturell viel zu bieten und birgt großes Potential zur Mitgestaltung und Entfaltung. Und dieses Potential soll nun zukünftig gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gefördert werden. Dazu helfen sollen geförderte Projekte. FEIN – vier Buchstaben mit viel Bedeutung – stehen dabei für „Frei-

williges Engagement In Nachbarschaften“. Mit dieser Förderung können ehrenamtliche Projekte finanziert werden. Für die Region stehen ab 2023 bis Dezember 2025 jährlich 30.000 Euro zur Verfügung. Die Mittel werden befristet für maximal drei Jahre als Anschubfinanzierung für integrierte Stadtteilnetzwerke gewährt. Das Projekt wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen finanziert. Verantwortlich für die Durchführung sind die Sozialraumorientierte Planungskoordination (SPK) des Bezirksamtes Treptow-Köpenick und der Rabenhaus e. V. mit seinem Nachbarschaftshaus in der Puchanstraße. Gemeinsam mit den bereits aktiven Akteuren der Region wol-

len die Initiatoren das ehrenamtliche Engagement vor Ort unterstützen: „Wir wollen alteingesessene und neuzugezogene Bewohnerinnen und Bewohner motivieren, sich für ihren Kiez einzubringen. Dabei sollen sozial-kulturelle Angebote als Brücke vom erlebten Event zum gelebten Nachbarschaftsengagement dienen, um eine aktive Kiezkultur zu entwickeln und Wohlfühlorte zu erschließen.“ Auftakt für die Ideensuche für eine Kiezkultur war eine Veranstaltung unter dem Motto „Dammvorstadt – Unser Kiez! liebenswert & lebenswert“ am 5. Juni im ABC-Garten in der Hirschgartenstraße. Weitere Informationen zu dem Projekt gibt es im Internet unter <https://gleft.de/5eA>.



In Oberschöneweide droht eine Verschlimmerung der Verkehrssituation.

## Verkehr Oberschöneweide

Wirksame Lösungen gegen Verkehrskollaps nötig



Der Plan war einfach und schön: Die Siemens-, Edison- und Wilhelminenhofstraße von Durchgangsverkehr befreit. Die Behelfsbrücke an der Stubenrauchbrücke abgerissen und selbige nur noch für Zufußgehende und Radfahrende freigegeben. Im Ortsteil Oberschöneweide insgesamt starke Verkehrsberuhigung. So war das Versprechen für Oberschöneweide, das als Folge des Baus der Minna-Todenhagen-Brücke eintreten sollte. Nichts da-

von ist passiert, nun droht stattdessen eine Verschlimmerung der Verkehrssituation.

Die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) erfreut sich unter Studierenden wachsender Beliebtheit und baut ihren Standort aus. Entlang der Wilhelminenhofstraße und der Ostendstraße entstehen im ehemaligen Fernsehwerk und in den Rathenau-Hallen tausende von Arbeitsplätzen im Bereich Gewerbe, Dienstleistungen, Software-

entwicklung und Kultur. Wie die Menschen dort zu ihren Arbeitsplätzen, zum Gewerbe oder zu ihren Vorlesungen kommen sollen, ist indes nicht geklärt. Die Straßenbahn vom S-Bahnhof Schöneweide hat nur eine begrenzte Kapazität und selbst mit einer Taktverdichtung stößt man hier schnell an die Grenzen, wenn täglich mehrere zehntausende Menschen nach Oberschöneweide müssen und zurück. Eine Zunahme des Autoverkehrs scheint die zwangsläufige Folge. Wo sich ausreichend Parkplätze finden sollen, ist indes ungeklärt. Eine Idee, die schon lange diskutiert wird, ist eine weitere Brücke nach Oberschöneweide. Vom Ende der Wilhelmi-

nenhofstraße könnte sie künftig zur Schnellerstraße über die Spree führen. Der S-Bahnhof Oberspree wäre in fußläufiger Nähe, die Brücke wäre daher für Rad- und Fußverkehr ausreichend. Der Uferweg zum Kaisersteg würde eine notwendige Ergänzung darstellen. Schon 2009 hatte die BVV das Bezirksamt beauftragt, den Bau der Wilhelminenhofbrücke zügig voranzutreiben. Im April 2023 antwortet das Amt auf Nachfrage von Uwe Doering (Sprecher für Stadtentwicklung, DIE LINKE), die Zuständigkeit liege beim Senat, die Errichtung eines Brückenbauwerks habe zurzeit keine Priorität. Die Grundstücke auf beiden Seiten der Spree, auf denen einst die Brücke stehen könnte, liegen derweil brach und verkommen zum Schandfleck, wie die Berliner Woche kürzlich berichtete.

„Der Verkehr in Oberschöneweide wird absehbar stark zunehmen. Wir brauchen wirksame Lösungen, um einem Verkehrskollaps zu entgehen. Denkbar wäre etwa ein striktes Tempolimit für den Ortsteil, die Reduzierung des Autoverkehrs in der Wilhelminenhofstraße und die Erweiterung des Angebots des öffentlichen Nahverkehrs. Die genaue Umsetzung muss zügig mit Anwohnenden, Hochschule, Industrie und Gewerbe vor Ort diskutiert werden“, fordert Doering.

Was denken Sie? Wie stellen Sie sich Ihr Oberschöneweide in ein paar Jahren vor? Schreiben Sie uns oder diskutieren Sie mit auf Facebook, Twitter, Instagram ● jro

## Stadtteilarbeit als Lösung

LINKE kommentierte AfD-Antrag



Die AfD hatte kürzlich in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beantragt, Polizei, Ordnungsamt und Feuerwehr verstärkt an Schulen auftreten zu lassen, um mit einer Veranstaltung für mehr Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit zu sorgen und so „Bewusstsein, Dank und Respekt für die Ordnungskräfte“ zu erzeugen. Anlass waren für die AfD die Ereignisse in der Neuköllner Silvesternacht. Der Antrag der AfD wurde in der BVV gegen die Stimmen der AfD abgelehnt. Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Philipp Wohlfeil, hatte den Antrag in der Sitzung so kommentiert: Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, vom Ordnungsamt abgesehen, sind die genannten Behörden keine des Bezirks. Das spricht formal gegen den Antrag.

Das Thema, das Sie aufrufen, ist jedoch ein Berechtigtes und besorgt uns alle. Es ist nicht hinnehmbar, wenn Einsatz-

kräfte, die anderen helfen wollen, bedroht oder gar angegriffen werden. Und ich stimme Ihnen sogar zu, dass Prävention statt höherer Strafen hier das Mittel der Wahl sein muss.

Trotzdem bin ich auch jenseits der fehlenden Zuständigkeit skeptisch, dass so ein Kennenlerntag viel bringt. Denn das ändert ja an den Gründen, die zu diesem Verhalten führen, wenig.

Egal ob solche Ausschreitungen in migrantisch geprägten Vierteln in Neukölln oder in Sachsen, wo vornehmlich bio-deutsche Kartoffeln leben, verübt werden, es sind Gegenden, in denen sich Menschen abgehängt und vom Staat vernachlässigt fühlen oder es auch tatsächlich werden. Hier mischen sich dann etwa zu Silvester Testosteron, Feuerwerk, Alkohol oder andere Drogen mit der Enttäuschung über staatliche Institutionen zu einem gefährlichen Cocktail. Ein Verbot von Feuerwerk hätte da möglicherweise eine größere und un-

mittelbare Wirkung, die zudem auch noch ökologisch zweckmäßig wäre. Aber es wäre auch nur eine Behandlung von Symptomen.

Die Lösung ist leider sehr viel komplexer: Stadtteilarbeit, die Förderung von Jugend-, Sozial- und Kultureinrichtungen, Integration, Bildung, es ist auch eine Frage von Einkommensverteilung, der Schutz von Mieter:innen – zum Beispiel durch Milieuschutz oder Mieter:innenberatung, was die AfD hier regelmäßig ablehnt und damit nicht nur den betroffenen Menschen keinen Gefallen tut, sondern indirekt auch den Einsatzkräften schadet, denn die müssen Defizite in den oben genannten Politikfeldern ausbaden.



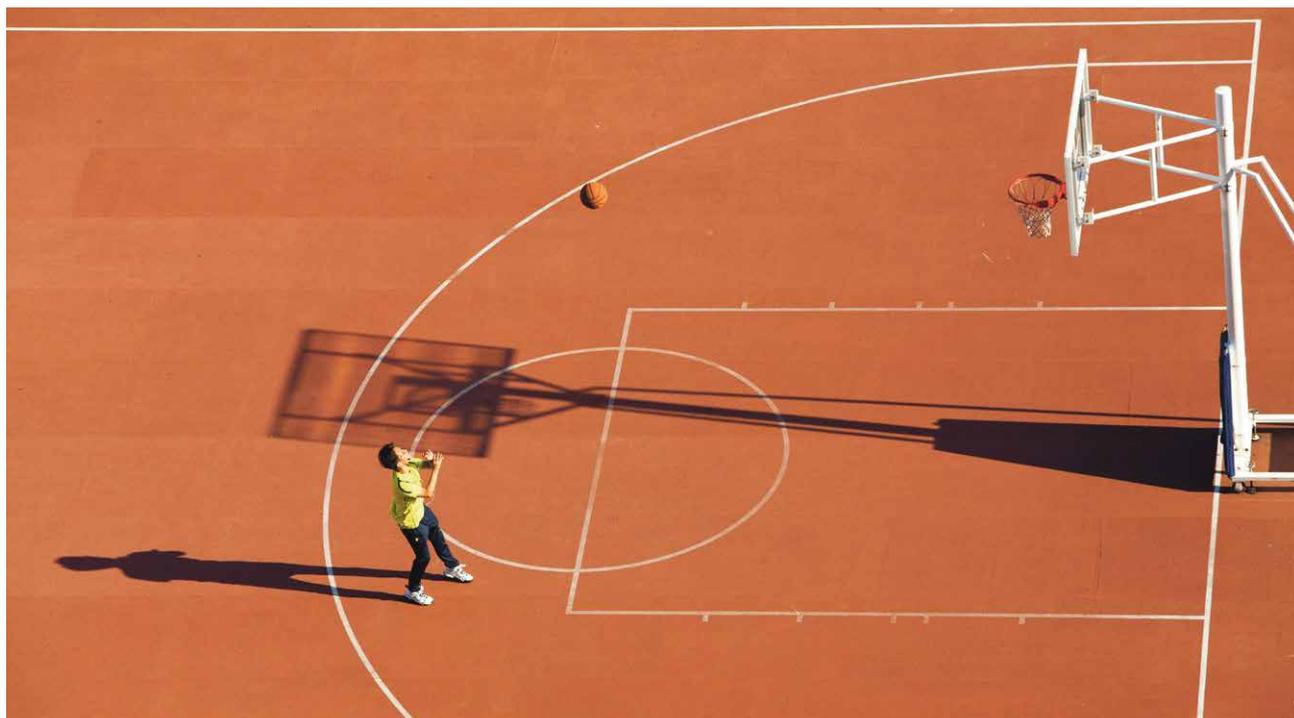
### Insektenfreundliche Nachbarschaft

Im Rahmen des Quartiersmanagementverfahrens im Kosmosviertel haben sich sowohl der Quartiersrat als auch die Steuerungsrunde des Quartiersmanagements dafür ausgesprochen in diesem und dem kommenden Jahr ein Projekt zu fördern, das die biologische Vielfalt im Kosmosviertel und der Umgebung stärken und die Nachbarschaft bereichern soll. Für die Umsetzung des Projektes „Insektenfreundliche Nachbarschaft“ im Kosmosviertel sucht das Quartiersmanagement Kosmosviertel nun einen geeigneten Träger. Ziel ist es, gemeinsam mit Menschen aus dem Kosmosviertel sowie in enger Kooperation mit Akteuren vor Ort Aktionen umzusetzen, die die biologische Vielfalt im Kosmosviertel fördern.

Der Quartiersrat und das Quartiersmanagement freuen sich auf viele gute Bewerbungen. Die vollständige Ausschreibung zum Projektwettbewerb findet sich auf dem Dachportal des Berliner Quartiersmanagement <https://gleft.de/5eB>. Bewerbungsschluss ist der 16. Juni 2023.

### Bürgersprechstunde

Stellv. Bezirksbürgermeisterin und Leiterin der Abteilung Soziales, Arbeit und Teilhabe, Carolin Weingart  
**Mittwoch, 28. Juni 2023, 10–11.30 Uhr**  
 Hans-Schmidt-Str. 16, Raum 131, (telefonisch oder vor Ort) Anmeldung erforderlich unter: (030) 90297 – 5988



Das Bezirksamt verhindert die Freigabe der Schulsportplätze in der Freizeit.

## Sportplätze stehen leer

**Bezirksamt will Schul-Sportplätze nicht für Jugendliche freigeben**



Nachmittags und am Wochenende, wenn der Schulunterricht vorbei ist, werden die Sportplätze der Schulen abgeschlossen und stehen leer. Kinder und Jugendliche können diese dann nicht für Freizeitsport nutzen. Die Idee, unter bestimmten Voraussetzungen am Anne-Frank-Gymnasium die Öffnung des Sportplatzes zu testen, versucht das Bezirksamt unter dem Vorschub diverser Gründe zu verhindern. Das geht aus einem Schlussbericht des Bezirksamtes auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE hervor. Die Hürden für die Nutzung der Sportanlage werden dabei so hoch angesetzt, dass mittelfristig nicht von einer Öffnung der Sportplätze auszugehen ist. Zunächst müsste demnach ein Träger der Jugend-

arbeit eingebunden werden, zusätzliches Geld und Baumaßnahmen seien notwendig. Ebenso weitere personelle und sächliche Ressourcen, die nicht genauer erläutert werden. Anträge auf Nutzung der Sportanlagen seien ebenfalls noch nicht eingegangen.

Dazu erklärt Karin Kant, Sprecherin für Jugend der Fraktion DIE LINKE: Wir wissen nicht erst seit der Pandemie, dass Kinder und Jugendliche mehr öffentlichen Raum benötigen, auch für Sport in der Freizeit. Dafür könnten die Sportplätze der Schulen zur Verfügung stehen. Damit alles in geordneten Bahnen läuft, haben wir ein Pilotprojekt an dem Anne-Frank-Gymnasium vorgeschlagen. Ehrenamtliche Patinnen und

Patent, etwa Eltern, sollten für die Einhaltung der Nutzungsordnung sorgen. Die jetzt vorliegende Stellungnahme des Amtes ist faktisch eine Weigerung, dieses Vorhaben umzusetzen. Die Vorgaben sind durch Ehrenamtliche nicht zu erfüllen, die genannten Bedingungen sind noch lange nicht erfüllt. Das Projekt ist außerdem noch nicht bekannt, daher kann es auch noch gar keine Nutzungsanträge gegeben haben. Alle reden über Bewegung, welche Kids und Jugendliche brauchen, über präventive Maßnahmen gegen psychische Erkrankungen junger Menschen, gegen Gewaltentwicklungen, aber Raum für Sportmöglichkeiten in freier Nutzung wird unterbunden und verhindert.

## Fußgängerüberweg erst Jahresende

**Arbeiten Schnellerstraße/Brückenstraße verzögern sich**



Voraussichtlich Ende des Jahres 2023 bis Anfang 2024 werden die Anpassungsarbeiten an der Schnellerstraße / Michael-Brückner-Straße / Brückenstraße so erfolgen, dass die gewünschten Verbesserungen eintreten. Das teilte das Bezirksamt in einem Schlussbericht über den von der BVV im August 2018 beschlossenen Antrag der Partei DIE LINKE mit. In dem seinerzeitigen BVV-Beschluss heißt es: Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, an der Kreuzung Michael-Brückner-Straße / Brückenstraße

schnellstmöglich eine vierte oberirdische Straßenquerung für Fußgänger einzurichten. Hintergrund sind die Arbeiten für eine umfassende Verkehrslösung im Bereich des S-Bahnhof Schöneweide, an der derzeit gearbeitet wird. Auch die Verbesserung der Radwegführung im Bereich Michael-Brückner-Straße / Sterndamm ist dabei ein wichtiges Thema, welches bereits im Radwegkonzept TreptowKöpenick ein verankertes Ziel ist. Darüber hinaus sind auch Verbesserungen für den Fußverkehr vorgesehen, unter anderem mit einem sogenannten „vierten Arm“ /

Fußgängerfurt an der Lichtsignalanlage (LSA) Brückenstraße / Schnellerstraße, wo derzeit für Zufußgehende keine gezielte Querungsmöglichkeit besteht. Das Bezirksamt, vertreten durch das Straßen- und Grünflächenamt, wird eine Bauplanungsunterlage für den Umbau des Sterndamms und der Michael-Brückner-Straße erarbeiten lassen. Die Planung wird erst umgesetzt werden können, wenn die BVG die Straßenbahn vom Vorplatz Bahnhof Schöneweide in eine neue Lage in Verlängerung der Brückenstraße durch den Bahndamm verlegt haben wird.



**Auf der Suche nach Unterstützung, Hilfe und Beratung?**

Hier listen wir monatlich aktuelle Hilfsangebote. Alle Angebote gibt es auf unserer Seite [gleft.de/5eo](http://gleft.de/5eo)



- **Allgemeine unabhängige Sozialberatung Treptow-Köpenick**  
GEBEWO-Soziale Dienste-Berlin gGmbH  
Kietzer Straße 11, 12555 Berlin  
Tel. 030 65 66 16 670  
[Sozialberatung-tk@gebewo.de](mailto:Sozialberatung-tk@gebewo.de)
- **Schuldner- und Insolvenzberatung (offensiv'91 e.V.)**  
Hasselwerderstraße 38-40,  
12439 Berlin, Tel. 030 631 50 66,  
[schuldnerberatung@offensiv91.de](mailto:schuldnerberatung@offensiv91.de)
- **Beratung für MigrantInnen**  
Firlstr. 36, 12459 Berlin  
Tel.: 030 53 01 28 55,  
E-Mail: [dialog@abw-berlin.de](mailto:dialog@abw-berlin.de)
- **Fachstelle Soziale Wohnhilfe** bei Problemen im Zusammenhang mit Wohnungslosigkeit, insbesondere bei Energie- und Mietrückständen (Kündigungen), Räumungsklagen, Zwangsräumungen  
Hans-Schmidt-Str. 18, 12489 Berlin  
Tel.: 030 90297-1771,  
E-Mail: [soziale-wohnhilfe@ba-tk.berlin.de](mailto:soziale-wohnhilfe@ba-tk.berlin.de)

**Die Kommunalpolitik beeinflussen?**

Geld für den Verein oder ein Projekt in Treptow-Köpenick benötigt? Dafür gibt es Sondermittel und Kiezkassen:

- **Die Kiezkassen** für 2023 sind vorbei. Es bleiben aber Sondermittel der Bezirksverordnetenversammlung. Anträge dürfen von jeder gestellt werden, die Bezirksverordneten entscheiden dann gemeinsam über die Förderung. Es muss einen bezirklichen Anknüpfungspunkt haben und in der Zukunft liegen. Antragsformulare gibt es auf der Seite des Bezirksamtes.  
<http://gleft.de/1WX>

**Mehr Infos zu Kommunalpolitik und Beteiligungsmöglichkeiten gibt es unter** [gleft.de/4sr](http://gleft.de/4sr)





Foto: Rainer Sturm/Pixelio

Der Bürokratievorwurf ist nicht neu. Tatsächlich wäre mehr möglich.

# Die Verwaltung braucht ein Update

**Die Ämter hängen oft zu sehr an Vorschriften**

Wer kennt die Probleme mit der Berliner Verwaltung nicht. Langsam, umständlich und nervig, egal ob man einen neuen Ausweis benötigt, das Auto ummelden will oder andere Ämtergänge zu erledigen hat. Woran das liegt, bleibt für die meisten Menschen im Verborgenen. Die Erfahrung aus der engen Zusammenarbeit der Kommunalpolitik mit der Verwaltung ergibt ein vielschichtiges Bild mit drei offensichtlichen Faktoren. Zum Ersten hier unser Beitrag (Wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt).

1. Die Verwaltung hängt zu sehr an Vorschriften. Zwar ist durchaus richtig, dass sich die Verwaltung an Recht und

Gesetz, hält aber auch hier kann man über das Ziel hinausschießen. Statt ein Ziel im Rahmen der bestehenden Vorgaben möglichst schnell, günstig und effizient umzusetzen, denkt die Berliner Verwaltung umgekehrt: Wie kann der perfekte Prozess aussehen, um das Ziel zu erreichen? Das Resultat sind ausufernde Verfahren, die ewig dauern, Arbeitskraft und Geld verschlingen. Wenn man einen Raum oder einen Platz vom Bezirksamt mieten will, wird etwa ein mehrseitiges Formular zum Datenschutz fällig. Auf Nachfrage, warum dies nötig sei - laut Gesetz ist das nicht nötig - kommt die Antwort, es sei auch nicht

verboden. Mag sein, aber die Verarbeitung kostet die Verwaltung Arbeitszeit, die an anderer Stelle besser eingesetzt wäre. Freie Träger, etwa von Kindergärten, bekommen vom Amt finanzielle Förderung und müssen diese selbstverständlich abrechnen. Die Detailtiefe ist aber nicht selbstverständlich: jeder gekaufte Bleistift muss inklusive Preisvergleich aufgelistet werden. Das Resultat sind telefonbuchdicke Abrechnungen, die im Amt ja auch noch jemand kontrollieren muss.

„Dienst nach Vorschrift“ bekommt so eine ganz andere Note. Ausführungsvorschriften sind derweil keine gottgegebenen unveränderlichen Gebote, sondern entstehen, wenn Verwaltungsjurist:innen die Gesetze interpretieren, ohne eine Ahnung von der Praxis zu haben. Welche Blüten aus den beschlossenen Gesetzen entstanden sind, wird für viele Politiker:innen oft erst offenbar, wenn die negativen Auswirkungen kaum noch zu übersehen sind.

Empfang hätten, heißt es in der Antwort. Das bekannte Modell Freifunknet, das zum Beispiel im Rathaus Kreuzberg und im Büro der Fraktion DIE LINKE im Rathaus Treptow problemlos läuft und dort öffentlich nutzbares Wlan zur Verfügung stellt, sei hingegen nicht umsetzbar. Dazu fehle die Verbindung zu anderen Freifunkroutern, heißt es aus dem Amt. Eine Annahme, die nur entstehen kann, wenn man kurz die Existenz des Internets vergessen hat, denn da besteht die Möglichkeit, Geräte miteinander zu verbinden. „Die Antwort des Bezirksamtes reiht eine Ausrede an die nächste. Ich bin enttäuscht, dass im Amt offenbar noch immer nicht angekommen ist, wie wichtig der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist. Nachdem während der Coronapandemie für alle ganz klar geworden ist, wie wichtig die gute Vernetzung ist, scheint das Amt das Internet noch immer für eine Übergangstechnologie zu halten“, kommentiert Wohlfeil.

# Wlan ist realisierbar

**Angeblich zu teuer und die Verbindung fehlt**

In der vergangenen Ausgabe haben wir berichtet, dass es bisher kein Wlan in öffentlichen Gebäuden in Treptow-Köpenick gibt. Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, hat das zum Anlass genommen und beim Bezirksamt nachgefragt, wie denn der Stand bei der Einrichtung bezirkseigener, öffentlicher Wlan Verbindungen sei. Die berlinweite Lösung nach Vorbild des erfolgreichen Pilotversuchs Free-Wifi-Berlin ist dem Vernehmen nach inzwischen abgesagt. Eigene Pläne gebe es nicht, lässt das Bezirksamt durchblicken. Allein die Kostenschätzung eines solchen Projekts scheint das Bezirksamt derart zu überfordern, dass es mit einem Zirkelschluss antwortet. Man bräuchte nämlich jemanden, der oder die das Ganze plant.

Wie viel Honorar dafür fällig würde, könne man erst sagen, wenn bekannt wäre, wie hoch die Gesamtkosten wären. Das wiederum ist aber ohne Planungsperson nicht zu machen. Kurzum: Es sei personell nicht möglich, den Aufwand zu prüfen oder eine Kostenschätzung vorzulegen.

Nicht unerhebliche Kosten erwartet das Bezirksamt zudem, wenn das Wlan per Mobilfunk und unbegrenztem Datenvolumen wie beim Smartphone realisiert würde. Preissuchmaschinen im Internet listen solche Verträge hingegen zwischen 25 bis 60 Euro im Monat. Als ob es in Berlin kein verfügbares Mobilfunknetz gäbe, müsse das Amt natürlich vorher Messungen durchführen, um sicherzugehen, dass die Funkrouter überhaupt

# Jetzt auch Jelbi-Netz in Adlershof

Mit dem Rad durch den Landschaftspark, mit dem E-Scooter zur nächsten Vorlesung oder mit dem Auto zum Großeinkauf: „Jelbi macht dich so mobil wie nie zuvor!“ lautet die Werbung der BVG. Jelbi kommt nun endlich in den Südosten Berlins: Rund um eine der innovativsten Ideenschmieden Berlins, in der Wista Adlershof steht die neue Mobilitätsvielfalt nun gebündelt bereit. Wie die BVG mitteilt, wurde am 25. Mai 2023 das insgesamt siebte Jelbi-Netz in Adlershof eröffnet. Dazu gehören eine Jelbi-Station mit Mikromobilität und Carsharing am Forum Adlershof sowie zehn Jelbi-Punkte für Zweiräder. Diese liegen zwischen dem Landschaftspark Johannisthal, dem Teltowkanal und der S-Bahntrasse. Neben Fahrzeugen von Nextbike, Bolt und Lime können auch solche von Voi, Miles und Sixt-Share an den Standorten in Adlershof gemietet und abgestellt werden.

Jelbi ist eine Mobilitätsplattform der Berliner Verkehrsbetriebe und bietet verschiedene Mobilitätsangebote – von Bus und Bahn über Mieträder, E-Mopeds und E-Scooter bis zu Mietautos und Taxis. Erforderlich ist die Jelbi-App, die für Apple und Android zur Verfügung steht.

## KONTAKT

### Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205  
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin  
Tel. (030) 533 76 07  
mail@linksfraktion-tk.de

### Sprechzeiten:

Mo, Do 15.00 – 18.00 Uhr  
Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr  
Sprechzeiten nach Voranmeldung

[www.linksfraktion-tk.de](http://www.linksfraktion-tk.de)



linksfraktiontk

## IMPRESSUM

### Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion  
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick  
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),  
Edith Karge, Gernot Klemm, Joseph Rohmann  
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der  
BVV Treptow-Köpenick,  
Redaktion Aus dem Rathaus,  
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.  
Email: [redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de](mailto:redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de)  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.  
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.  
Satz: [www.karenaugust.de](http://www.karenaugust.de)  
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH  
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Mai 2023  
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Dienstag, 4. Juli 2023  
Redaktionsschluss dafür: Di 20.6.23

## Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung.

Überweisen Sie Ihre Spende bitte an:  
DIE LINKE Berlin

IBAN: DE59100708480525607803  
BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG  
Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

## KONTAKT

### Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin  
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92  
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

### Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr  
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr  
Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr  
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

### Kassenzeiten:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag)  
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

### Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin  
Tel. (030) 80 93 27 58  
buero.gennburg@linksfraktion.berlin  
Öffnungszeiten bitte telefonisch oder per E-Mail erfragen

### Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Wißlerstraße 24, 12587 Berlin  
Tel. 65940 800, Fax 65940 801  
buergerbuero@carsten-schatz.de

### Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin  
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58  
gregor.gysi@wk.bundestag.de

### Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

### Kassenzeiten Brückenstraße:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag)  
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

[www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)



dielinketk

## IMPRESSUM

### blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick  
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Gernot Klemm, Joseph Rohmann  
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.  
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.  
Satz: www.karenaugust.de  
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH  
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Mail 2023  
Erscheinungstag blättchen 292: Di. 4. Juli 2023  
Redaktionsschluss dafür: Di 20.6.23  
Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

## Wir gratulieren im Juni zum Geburtstag

- |  |   |
|--|---|
| 65. Sybille Slaby  | Margarete Kiesler   |
| 70. Rolf Hecker, Marina Müller,<br>Michael Zwanzig, Bernd Fellmuth | 93. Kurt Wernicke,<br>Gisela Horatschke,<br>Ulrich Toppe,<br>Günter Schmidt |
| 75. Renate Langer, Michael Boldt,                                  | 95. Klaus Wiedemeyer  |
| 85. Renate Lange   | 99. Ingeburg Hälker   |
| 90. Anita Ebert, Siegfried Mehlig                                  | 101. Agnes Hlawaa   |
| 91. Jutta Koch   |   |
| 92. Gerhard Krenz, Hans Friedrich,                                 |   |



Foto: Moritz Warnke

Großes Interesse am Maifest der LINKEN auf dem Köpenicker Schlossplatz

## AfD am 1. Mai

### Klare Antwort gegen rechte Provokation

Der AfD Bezirksverband Berlin Lichtenberg lud für den 1. Mai zu einem „kulturhistorischen Spaziergang“ unter dem Titel „Wege des Kommunismus in Friedrichshain und Lichtenberg“ mit Startpunkt am S-Bahnhof Treptower Park.

Neben dem Karl-Marx-Denkmal in Straußau sollte die Blutmauer am Lichtenberger Rathauspark besucht werden, bevor der Spaziergang vor dem Bundesbüro der VVN-BdA in der Magdalenenstraße „an einem Ort heutiger Kommunisten“, so die AfD, beendet werden sollte. Diesen klaren Affront wollte DIE LINKE Treptow-Köpenick nicht un widersprochen lassen. Um der antikommunistischen Propaganda der AfD etwas entgegen

zu setzen, wurde kurzerhand eine antifaschistische Kundgebung am S-Bahnhof Treptower Park angemeldet. Neben 20 Mitgliedern der LINKEN konnten in Zusammenarbeit mit der VVN-BdA und verschiedenen Antifa Gruppen über die Sozialen Medien dafür insgesamt ca. 180 Antifaschistinnen und Antifaschisten mobilisiert werden. Mit DIE LINKE Lastenfahrrad, Fahnen und Transparenten, guter Musik und einigen Redebeiträgen wurden auf beiden Seiten des Bahnhofs, also der Straßenseite sowie der Parkseite, kleine Kundgebungen abgehalten, damit die Rassist:innen der AfD auch ja nicht unbemerkt am antifaschistischen Gegenprotest vorbeikommen konnten. Die Spazierenden

konnten dadurch letztendlich auch nicht wie geplant starten, sondern mussten mit der S-Bahn das Weite suchen und unplanmäßig zum Ostkreuz weiterfahren. Weiter entlang der Route fanden weitere Gegenproteste statt.

Jusos und Grüne Jugend veranstalteten am Karl-Marx-Denkmal ein Picknick und die VVN-BdA richtete zusammen mit dem Verein „Aktiv in Lichtenberg“ ein Straßenfest in der Magdalenenstraße aus. Insgesamt war der Versuch der AfD, am Internationalen Kampftag der Arbeiter:innenklasse antikommunistische Propaganda zu verbreiten, also alles andere als erfolgreich, da der mit 6 Personen mehr als schlecht besuchte Spaziergang überall entlang der Route auf heftigen Gegenprotest stieß. So geht Antifaschismus! Danke an alle Antifaschistinnen und Antifaschisten! Alerta!

■ ■ Gerrit Peters



# Brauner Terror in Köpenick

Köpenicker Blutwoche jährt sich zum 90. Mal



In wenigen Wochen jährt sich die Köpenicker Blutwoche zum 90. Mal. In den vergangenen Monaten haben sich die Bildhauerin Stefka Ammon und die Puppenspielkünstlerin Susi Claus intensiv mit Recherchen und künstlerischer Umsetzung auseinandergesetzt. Entstanden ist eine spartenübergreifende Inszenierung für Jugendliche und Erwachsene mit dem Titel „Wenn alles auseinanderfällt“. In der Gedenkwoche wird diese im ABC Hirschgarten uraufgeführt.

Im Juni 1933 wurden Hunderte Menschen in Köpenick von der Straße weg oder aus ihren Wohnungen entführt und tagelang gefoltert – es gab weit über 20 Todesopfer. Überall in Deutschland fanden zu Beginn des sogenannten Gleichschaltungsprozesses des NS-Staates Gewalt-Exzesse statt. Es gab kaum zivile Gegenwehr, Polizei und Justiz konnten die Opfer nicht schützen oder wollten es in Teilen schon nicht mehr. Nachbarn wurden zu Opfern und zu Tätern. Dieser öffentlich sichtbare eskalierende Terror setzte der pluralen Gesellschaft der Weimarer Republik ein brutales Ende.

Heute werden wir von immer offener auftretenden rechten Netzwerken unter Druck gesetzt. Rechtes Gedankengut ist in zunehmendem Maße präsent und beeinflusst gesellschaftliche Diskurse in seinem Sinne. Der Frühsommer 1933 ist näher an unserer gegenwärtigen Si-

tuation, als Nazi-Deutschland ab der zweiten Hälfte der 1930er Jahre.

Was ist damals geschehen, wie erinnern wir und was bedeuten die dramatischen Tage vom Juni 1933 für uns heute? Was geschah mit den Angehörigen der entführten, gefolterten und ermordeten Nachbarn, was mit den Ehefrauen, Müttern, Freundinnen, Geschwistern, deren Namen nirgendwo genannt werden? Wie wirkt der Schrecken bis heute, bis in die 4. Generation nach?

Anhand von Dokumenten aus dem Köpenicker und Landesarchiv Berlin, Zeitzeugenberichten und nach eigenen Gesprächen mit Nachfahr\*innen der Opfer haben Ammon und Claus diese performative Inszenierung erarbeitet. Regie führt Astrid Endrweit, die Puppen stammen aus der Werkstatt Judith Mählers. Im Anschluß an die ersten Probeaufführungen im vergangenen Jahr, die an Orten nachbarschaftlichen Miteinanders organisiert wurden (Mellowpark, Lichtgarten Altstadt-Köpenick und Strandbar Wendenschloss), begann im Publikum eine rege Diskussion auf den Ebenen der eigenen Familiengeschichte und der Situation heute.

WENN ALLES AUSEINANDERFÄLLT, Szenische Lesung mit Puppen und performativer Installation zum SA-Terror der Köpenicker Blutwoche 1933. Für Jugendliche und Erwachsene. Ein Projekt von Stefka Ammon & Susi Claus, Puppenbau: Judith Mähler, Regie: Astrid Endrweit

*Aufführungsort: ABC-Hirschgarten, Hirschgartenstraße 14, 12555 Berlin-Köpenick  
S3 Hirschgarten, Tram 60, 61, Bus 169 Brandenburgplatz  
Vorstellungen: Dienstag, 20. Juni 10 Uhr, Donnerstag, 22. Juni 10 Uhr, Freitag, 23. Juni 10 und 20 Uhr und Samstag, 24. Juni, 20 Uhr, Dauer ca. 60 Minuten, keine Pause. Nach dem Stück werden Gespräche mit den Künstlerinnen angeboten.*

*Eintritt: 10 EUR Erwachsene, ermäßigt 7 EUR; Buchung Tickets: 030 6516516 oder [info@schlossplatztheater.de](mailto:info@schlossplatztheater.de)*

## Rixdorfer Straße wird erneuert

Das Bezirksamt erneuert im Zeitraum bis 30. Juni die Fahrbahn der Rixdorfer Straße (Johannisthal) im Bereich zwischen der Brücke der Deutschen Bahn und dem Knoten Südostallee. Während der Bauzeit muss die Straße voll gesperrt werden. Radfahrende können weiterhin den Radweg nutzen.

# Gedenkspaziergang Köpenicker Blutwoche

„Der Schoß ist fruchtbar noch“

Es ist wieder Zeit zum Gedenken an das, was vor 90 Jahren in unserer Nähe passierte und als „Köpenicker Blutwoche“ in die deutsche Geschichte einging. Über 500 Menschen, Gewerkschaftler, Juden, SPDler, Kommunisten, Lehrer:innen, ehemalige Bezirksstadträt:innen, Landespolitiker:innen, ein ehemaliger Ministerpräsident (Stelling), Kirchgänger wurden verhaftet und gefoltert, 24 Getötete sind namentlich bekannt. Allen Opfern war gemein, dass sie den Nazis nicht passten. Das ging bis hin zu ganz privaten „Rachefeldzügen“ der in der überwiegenden Mehrheit sehr jungen SA-ler z.B. auch gegen ehemalige Lehrer, Klassenkameraden usw. Ein Gedenk-Spaziergang, den jeder individuell gehen kann, bringt uns heute die Ereignisse nah.

Beginnen wir unseren Gang am Marktplatz Friedrichshagen an einer kleinen Gedenktafel am Haus Aßmannstraße 46. Sie erinnert an den von den Nazis ermordeten Versicherungsangestellten und Funktionär der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Richard Assmann.

Ein kurzer Weg führt uns in die Peter-Hille-Straße zu einem Eingang des Friedhofs der Evangelischen Kirchengemeinde. Hier finden wir die als Ehrengrab gepflegte Ruhestätte des parteilosen Fleischers Karl Pokern, der Mitglied des Rotfrontkämpferbundes und der Roten Hilfe war. Auch er wurde ein Opfer der Nazis, im Hof des Amtsgerichts erschossen und als Leiche in einem Sack in den Fluss Dahme versenkt. Nicht weit vom Friedhof, vorbei an der Ahorn-Schule, kommen wir zum Müggelseedamm 132, wo sich ein SA-Sturmlokal befand.

Der Gedenkang, den wir dann zurückgelegt haben, erinnert uns gerade jetzt, 90 Jahre nach den Ereignissen, an die Worte Bertolt Brechts: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.

■ Ehrenfried Rohde

*Die Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche in der Puchanstraße 12 ist jeweils Donnerstag von 10–18 Uhr und Sonntag von 14–18 Uhr geöffnet.  
Der Eintritt ist frei.*

## TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN ++



### POLITIK UND ENGAGEMENT

**Do 22.6. | 18 Uhr** Moosdorfstraße 7–9: Soliküche und Austausch mit Aktivist:innen der Letzten Generation. Ob auf den Berliner Straßen oder in der besetzten Wuhlheide – die Klimaproteste werden immer lauter und nehmen vielfältige Formen an. Die Formen des Protestes werden kritisiert, delegitimiert und kriminalisiert. Dadurch rückt das eigentliche Thema in den Hintergrund und eine offene Diskussion der Frage, wie wir den Klimaschutz gemeinsam voranbringen können, wird im Keim erstickt. Darüber wollen wir mit Aktivist:innen und Nachbar:innen in den Austausch kommen und laden herzlich zum gemeinsamen Kochen und anschließendem Gespräch ein.

Berlin gedreht, thematisiert das Ereignis zum ersten Mal und erfasst dokumentarisch genau die Atmosphäre des Sommers 1961 in Ostberlin.

**Do 29.6. | 19 Uhr** Lesung: „Ich bin ich und hoffe, es immer mehr zu werden“ Schauspieler Frank-Alexander Kunz stellt Leben und Werk der Malerin Paula Modersohn-Becker vor. Kulturküche Bohndorf, Dahmestraße 33,



### KONFERENZEN UND SITZUNGEN

**Mo 12.6. | 14 Uhr** im Bürgerbüro Gregor Gysi Brückenstr. Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE. Thema: Erfahrungsaustausch zu den Schwerpunkten der bezirklichen Seniorenpolitik und ihrer weiteren Entwicklung  
Fachpolitiker aus der BVV Fraktion DIE LINKE und der Seniorenvertretung sind als Gäste herzlich willkommen.

**Mi 14.6. | 18 Uhr** Mitgliederversammlung DIE LINKE Friedrichshagen, Thema: Palästina – Israel, Referent Ramsis Kilani, Kiezklub Vital, Myliusgarten 20, 12587 Berlin



### KULTUR UND UNTERHALTUNG

**Di 20.6. | 19 Uhr** Filmvortrag im Club: Kulturbund, Ernststraße 14. ...und deine Liebe auch DEFA 1962, Regie: Frank Vogel. Mit Filmwissenschaftlerin Irina Vogt. Der Film, teils während des Mauerbaus in